

# Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller  
(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN  
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI  
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FOCHOVA 62. TELEFON 5367. ADMINISTRATION TELEFON 5306.  
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. CHEFREDAKTEUR: WILHELM MIESSNER. VERANTWÖRTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.



14. Jahrgang

Sonntag, 24. Juni 1934

Nr. 146

## Vier Sozialdemokraten vom Grazer Schwurgericht freigesprochen

Graz, 23. Juni. Das hiesige Schwurgericht hat nach sechstägiger Verhandlung die ehemaligen sozialdemokratischen Parteimitglieder und Beamten der steiermärkischen Landesregierung Mutsch, Leichin, Pongrazitsch und Rappitsch, die des Verbrechens des Hochverrats angeklagt waren, freigesprochen. Acht weitere Mitangeklagte wurden wegen des Verbrechens des Auftrags zu schwerem Kerker in der Dauer von zwei bis acht Monaten verurteilt.

## Wiener Polizeioffizier

durch explodierende Bombe schwer verletzt.

Wien, 23. Juni. Heute nachts wurde im VI. Bezirk eine Bombe gefunden, die nicht explodierte. Sie wurde der Polizei übergeben und auf das Polizeikommissariat des Bezirkes gebracht. Als sich heute früh der Polizeihauptmann Rostoff der Bombe näherte, explodierte diese plötzlich ohne daß sie der Polizeihauptmann berührt hatte. Dem Polizeioffizier wurde durch die Explosion die linke Hand abgerissen. Außerdem erlitt Rostoff schwere innere Verletzungen.

Weiter wird mitgeteilt, daß gestern nachts vor einem Hause auf dem Bauernmarkt eine und in der Durchfahrt eines Hauses in der Kurantgasse 10 Betarde explodiert sind. Bei der zweiten Explosion wurde der gerade vorbeigehende Bankbeamte Heinrich Ragner verletzt. In beiden Fällen wurde großer Materialschaden angerichtet.

Vor dem Hause des Bürgermeisters von Ernstbrunn in Niederösterreich explodierte heute nachts eine Bombe. In Tweng in Kärnten wurde gegen die dortige Pfarre eine Betarde geworfen, die Materialschaden anrichtete.

## Dum-dum-Geschosse!

In einem in Wien aufgefundenen nationalsozialistischen Waffen- und Sprengstofflager, das sich in einer Tischlerei in Ottakring befand, wurden u. a. auch Dum-dum-Geschosse gefunden. Unter den Packungsumhüllungen befand sich als Abfender eine reichsdeutsche Firma und als Empfänger eine Wiener Buchhandlung.

## Zu fünf Monaten Kerker braucht man ein Standgericht!

Das Wiener Standgericht verurteilte heute den Nationalsozialisten Franz Holzinger und sechs seiner Komplizen, die in der Umgebung von Gänzing 40 Telefon- und Telegraphenleitungen zerschneiden hatten, zu je fünf Monaten schweren Kerkers.

## „Rückfall in wilde Barbarei“ Salzburger Erzbischof gegen die Nazi

Wien, 23. Juni. Der Erzbischof von Salzburg Dr. Rieder, gegen dessen Residenz bekanntlich vor kurzem ein Bombenanschlag verübt worden war, hat einen Hirtenbrief verfaßt, der morgen in allen Kirchen der Salzburger Erzdiözese verlesen werden wird.

In der Einleitung betont der Kirchenfürst, daß er von seinem Krankenzimmer aus im Namen der Menschlichkeit zum Frieden mahnen müsse. Es sei völlig unfähbar, daß Menschen des 20. Jahrhunderts mit ausgefuchsten Mitteln der Grausamkeit in einem tiefeschämenden Rückfall zu wilder Barbarei daran sind, schrecklichen Schaden zu stiften, eine ganze Generation, besonders die Jugend, der Verrohung in die Hände zu treiben, mit den Sprengmitteln des Mißtrauens und des Hasses die Volksgemeinschaft aufzulösen und die Geister der Zwietracht loszulassen auf das Land und viele Gemeinden, ja selbst auf die Familie.

# 60.000 Wiener Mieter im Zinsstreik

Rote Fahnen und Pendreks  
in den Gemeindehäusern

Wien, 23. Juni. (Eigenbericht.) Die Erregung über die gewaltige Erhöhung der Wohnzinsen in den Gemeindehäusern, die die neuen Herren von Wien angeordnet haben, steigt in der Wiener Bevölkerung von Tag zu Tag. Mittwoch und Donnerstag wurden fast in allen Gemeindebauten große Protestversammlungen der Mieter unter freiem Himmel abgehalten, bei welchen große rote Fahnen und Standarten mit der Aufschrift „Nieder mit Schmach! Hoch unser Bürgermeister Seih!“ entfaltet wurden. In allen Versammlungen wurde mit stürmischem Beifall die Zinsstreikparole des illegalen sozialdemokratischen Komitees angenommen, welche die Mieter auffordert, am 1. Juli jede Zinszahlung einzustellen. Auch die Kommunisten haben sich dieser Parole angeschlossen.

Die Polizei hatte alle verfügbaren Heberfallautos aufgeboten und schickte sie von Gemeindehaus zu Gemeindehaus, um die Versammlungen auseinanderzutreiben zu lassen. Im Marx-Hof ging die Polizei mit besonderer Brutalität vor und schlug auf die dort versammelten Frauen so blindwütig mit dem Gummistock ein, daß zwei Frauen sinnenverwirrt zu Boden sanken. Daraufhin ging die empörte Menge noch erbitterter gegen die Polizei los und es kam zu einem Handgemenge, in welchem ein Polizist durch einen Messerstich, ein anderer durch Schläge mit Holzlaten verletzt wurde.

Im Laufe der Nacht wurden in allen Gemeindebauten große rote Plakate angebracht, in welchen die Zinsstreikparole verlobet wird.

Am Vormittag des Donnerstag trat eine eilige Beratung der Wiener Stadtverwaltung zusammen, die sich mit den Maßnahmen gegen diesen Zinsstreik befaßte. Da in den 60.000 Gemeindefamilien mehr als fünfzehn Prozent der Wiener Bevölkerung leben, bedeutet diese Parole eine unabsehbare Gefahr für die Gemeinde. Vizebürgermeister Winter schlug vor, mit den Mietern in Verhandlungen zu treten. Dies wurde abgelehnt; es wurde ihm aber freigestellt, inoffiziell mit den Mietern Fühlung zu nehmen.

Daraufhin begab sich Winter Donnerstag abends in eine Massenversammlung der Mieter im Marx-Hof und erklärte dort, er wolle über die Mietzinsfrage mit den Mietern diskutieren, es dürfe jeder seine Meinung äußern, er habe der Polizei Weisung gegeben, nicht einzuschreiten.

Nun kam es zu unbeschreiblichen Szenen. Der Einberufer der Versammlung, der sozialdemokratische Vertrauensmann Ruschika hielt über eine Stunde lang eine erbitterte Anklagerede gegen das System und wies darauf hin, daß die neuen Herren den Mietzins für die Kernfamilien um 70 bis 100 Prozent gesteigert haben, während die Zinsen der Großwohnungen der Reichen um 20 bis 50 Schilling monatlich herabgesetzt wurden. Er schloß mit den Worten: „Im Namen Ihres Gottes fordere ich Sie auf: Geben Sie uns unseren Bürgermeister Seih wieder, auf daß er uns erlöse von diesem Uebel. Amen!“

Unbeschreiblicher Jubel und minutenlange „Hoch Seih!“-Rufe folgten seiner Rede. Die Rede Winters, der die Arbeiter zu beruhigen versuchte und ihnen versicherte, er werde sich dafür einsetzen, daß man mit ihnen über ihre Lebensfragen verhandle, wurde immer wieder mit Zwischenrufen „Mattenfänger!“, „Mörderregierung“ unterbrochen.

Dies alles ging unter den Augen der Polizei, die den ganzen Versammlungsplatz umstellt hatte, vor sich. Schließlich steigerte sich der Tumult so sehr, daß Winter seine Rede unvollendet abbrechen mußte.

Die „Wiener Bürgerschaft“ wurde für Dienstag einberufen, um zu der durch den Zinsstreik entstandenen gefährlichen Lage für die Gemeinde Stellung zu nehmen.

## Nur eine Resolution Arbeitszeitproblem auf 1935 verlagt

Genf, 23. Juni. Der Arbeitskonferenz wurden heute drei Resolutionsentwürfe über die Erledigung der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit vorgelegt. 26 Regierungsdelegationen, darunter auch die tschechoslowakische, beantragten, in die Resolution außer der Versicherung, daß die Kürzung der Arbeitszeit weiterhin eine der Hauptaufgaben der Internationalen Arbeitsorganisation bilden wird, auch die Entschliessung aufzunehmen, daß diese Frage auf die Tagesordnung der nächsten, im Jahre 1935 stattfindenden Arbeitskonferenz gesetzt werden wird. In dem zweiten Entwurf des englischen Regierungsdelegierten Reggett fehlte die Verweisung auf die nächste Konferenz.

Nach einer langen Aussprache wurde mit 60 gegen 37 Stimmen die Resolution der 26 Regierungsdelegationen angenommen. Die tschechoslowakische Regierungs- und Arbeiterdelegation stimmten für: Dr. Baněl namens der Arbeiter gegen die Resolution.

In seinem Schlusswort erklärte der Konferenzvorsitzende Goddard, die öffentliche Meinung erkläre, „daß die Konferenz nicht die Hoffnungen derer erfüllt habe, die mit der Annahme des Abkommens über die Kürzung der Arbeitszeit gerechnet haben.“

Unter den in den Verwaltungsrat gewählten acht Staaten befindet sich auch die Tschechoslowakei, die 53 von 62 Stimmen erhielt. Dadurch ist der direkte Einfluß der Tschechoslowakei auf die Lösung der wichtigsten Fragen im Internationalen Arbeitsamt für drei Jahre gesichert. Für die tschechoslowakischen Arbeitgeber wurde Dr. Baněl, für die Arbeitergruppe Remeček in den Verwaltungsrat gewählt.

## Gegen Terror und Krieg

Die Stimme der Schriftsteller-Internationale

Der Edinburgher Penclub-Kongress hat mit allen Stimmen gegen eine die von Ernst Toller eingebrachte Resolution angenommen, die sich gegen die Einklerkung der freizeithilflichen und fortschrittlichen Schriftsteller in Deutschland wendet und als Protestkundgebung der deutschen Reichsregierung überhandt werden wird.

Dem Kongress liegt außerdem ein Antrag Emil Ludwigs vor, der Penclub möge als Organisation der geistig Schaffenden aller Nationen seine Stimme gegen den drohenden Krieg erheben. Die Führer des Clubs sollen sich, wenn der Ausbruch eines Krieges in greifbare Nähe rückt, versammeln und in einem Manifest alle an den Kriegsvorbereitungen beteiligten Staaten vor ein Schiedsgericht fordern. Wenn der Völkervertrag unterschrieben ist, dann müsse der Penclub die geistigen Führer der Welt zusammenberufen, damit sie darüber entscheiden, wer der Angreifer ist, zu dessen Bekämpfung sie im Namen des Friedens und der Gerechtigkeit alle Völker aufrufen sollen.

## Diktaturen verschärfen Wirtschaftskrise

Sowohl den bestehenden Klassen als auch — was für die Gegenwart von besonderer Bedeutung ist — den Mittelschichten erschien lange Zeit eine politische Diktatur als der Ausweg aus der ökonomischen Krise unserer Zeit. Die parlamentarische Demokratie mit ihren Kompromissen und Koalitionen, der „parlamentarische Kuhhandel“ galt diesen Schichten als unfähig, den Weg aus den ökonomischen Wirrnissen des Kapitalismus, der auch die Mittelschichten verelendete, zu weisen. Der faschistische Diktator, die Führerpersönlichkeit war ihnen der Messias, der ihre Welt erlösen sollte.

Wie der Glaube an den faschistischen Führer, der Krise und Arbeitslosigkeit beseitigen und ein neues goldenes Zeitalter für den kleinen Mann herbeiführen sollte, sich immer mehr als Illusion und Täuschung erweist, lehrt die Tatsache, daß gerade in den faschistischen Hauptländern die wirtschaftlichen Schwierigkeiten von Tag zu Tag steigen, während in einer Reihe demokratischer Länder deutliche Anzeichen einer Konjunkturbelebung auftreten.

In den letzten Wochen steigen immer düstere Wolken am Wirtschaftshimmel Italiens auf. Das Land lebt seit Jahren über seine Verhältnisse. Seit 1914 ist — mit Ausnahme der Jahre 1921-25 und 1929-30 — kein Budget passiv, der Söldnerapparat des Faschismus verschlingt jährlich Hunderte von Millionen Lire. Im Jänner dieses Jahres wurde eine neue Anleihe ausgeschrieben, im Februar wurde eine Konversion (Zinsfuhrherabsetzung) früherer Anleihen durchgeführt und die Staatsgläubiger wurden gezwungen, das niedriger verzinsliche Papier anzunehmen. Wer nicht konvertieren wollte, mußte drei Gesuche überreichen und zwar der politischen Behörde, dem Finanzamt und — der faschistischen Partei. Der Volkswirt erzählte dazu, daß man noch ein viertes Gesuch überreichen mußte, nämlich dem Gefängnisdirektor, damit dieser wisse, wer in den Kerker hineinkommt. Nur noch mit Terror und Gewalt kann sich der italienische Faschismus bei seinen Staatsbürgern Kredit verschaffen.

Um sich die notwendigsten Einnahmen zu sichern, hat Mussolini zum bewährten Mittel aller Volksfeinde gegriffen, er hat die indirekten Steuern erhöht, so daß heute in Italien ein Kilogramm Zucker 6 Lire 30 (13 Kc), ein Kilogramm Salz 4 Lire (8 Kc) kostet. Bei derart hohen Preisen werden die Löhne noch immer abgebaut, erst am 26. Mai hat der Duce in einer Rede gesagt, „der Arbeiter muß sich... mit einem niedrigeren Lohn begnügen“, damit die Preise gesenkt werden und die Ausfuhr belebt werden kann. Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Wirtschaft bei dauernder Verelendung der Arbeiterklasse — ein anderes Rezept weiß Mussolini nicht.

Auf dieselbe Art hat die Hitlerregierung in Deutschland die Wirtschaft anzukurbeln gesucht. Die deutsche Industrie hat sich die Möglichkeit neue Arbeiter aufzunehmen dadurch geschaffen, daß sie den alten Arbeitern die Löhne Stück für Stück herabgesetzt hat, so daß in vielen Fabriken zwar die Anzahl der Arbeiter etwas größer ist als ein Jahr vorher, aber die gesamte Lohnsumme kleiner. So wird die Kaufkraft im Land noch geschwächt. Dazu wird ein Abbau der Sozialpolitik durchgeführt, der Deutschland, das einst in den Einrichtungen des Arbeiterhauses an der Spitze der industriellen Nationen marschierte, heute zu den sozialpolitisch rückständigen Nationen Europas zählt. In der Kranken- und Arbeitslosenunterstützung, in der Wohlfahrts- und Gemeindepflege der Gemeinden ist ein radikaler Abbau









